

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg
2 1.50. Durch die Post
in Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst
in Verh. 2 1.80. Post-
zuschlag. Preise freibl.
Vers. einer Nummer
10 f.

In Fällen höh. Gewalt
steht kein Anspruch auf
Lieferung der Zeitung od.
auf Rückerstattung des
Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle
Poststellen, sowie Agen-
turen u. Aussträgerinnen
jederzeit entgegen.

Verantwortl. Hr. 4.
Hr. v. d. G. v. d. G.
D. K. v. d. G. v. d. G.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Wehler'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile
oder deren Raum 25 f.
Ankündg. 10 f.
Konting. 100 f.
Pres. Zuschlag. 50 f.
Ankündg. 100 f.
Bei größeren
Anzeigen Rabatt, der
im Falle des Abbruchs
höchstens 50% beträgt,
ebenso wenn Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen
nach Rechnungsdatum
erfolgt. Bei Tarifänder-
ungen treten sofort alle
früher getroffenen
Verbindungen
außer Kraft.

Rechtsanwalt für beide
Teile: Neuenbürg.
Für tel. Austr. wird keine
Gebühr übernommen.

Nr. 144.

Dienstag den 24. Juni 1930.

88. Jahrgang.

Westfalen

Kollerslautern, 23. Juni. Wie wir erfahren, wird sich an dem am 5. und 6. Juni stattfindenden Rheinland-Befreiungs-Tage bestimmt auch das Luftschiff „Graf Zeppelin“ beteiligen. 100 Flugzeuge vom kleinsten Sportflug bis zur schwersten Maschine, Kleinluftschiffe und „Graf Zeppelin“ werden die Flöz überfliegen und auf dem Flugplatz Sembach landen. Von der Reichshöhe werden Sonderzüge bis Neuhemsbach gefahren werden.

Berlin, 23. Juni. Einer der gefährlichsten Schmeicheleier, der 20 Jahre alte Seemann Herbert Sandowski, ist in der Nacht auf Freitag wieder aus der Strafanstalt Tegel auf abenteuerliche Weise ausgebrochen. Sandowski war in der Vorgesellschaft des Gefängnisses untergebracht. Bei einem Rundgang um Mitternacht entdeckte der Wärter, daß das Bett Sandowskis leer war und der Mitgefangene, der mit Sandowski das Krankenzimmer geteilt hatte, geknebelt und an Händen und Füßen gefesselt war. Dann stellte man fest, daß Sandowski mit einer Stahlsäge die Stahlgitter durchsägt und sich mit aneinandergebundenen Bettlaken auf den Hof herabgelassen hatte, von da er über die Mauer kletterte.

Berlin, 23. Juni. Wie verlautet, will die Reichspost aus Anlaß der Rheinlandbefreiung eine besondere Kartenserie nicht herausgeben. Sie drückt daran, die Reichs- und Provinzial-Postämter, also die beiden gangbaren Wertzeichen, mit dem Niederdruck „30. Juni 1930“ zu versehen. Der Verkauf soll aber erst am Käufertag selbst beginnen.

II. Bundestag des Reichsbunds der Zivildienstberechtigten.

Stuttgart, 22. Juni. Aus Anlaß des II. Bundestages des Reichsbunds der Zivildienstberechtigten, der Ständesorganisation von 120.000 ehemaligen Angehörigen der alten Armee, der neuen Wehrmacht und der Schutzpolizei der Länder, fand am Sonntag vormittag im Festsaal der Lederhalle in Stuttgart eine öffentliche Kundgebung statt, die aus dem ganzen Reich eine zahlreiche Besuch anwies. Bundesdirektor Krüger-Berlin eröffnete die Kundgebung und begrüßte die Mitglieder und die Gäste, darunter Vertreter vieler Reichsverbände, der Behörden des Landes Württemberg sowie Presse, Vertreter des Bundestags und der Parlamente von Württemberg und Preußen, der Reichswehr, der Stadt Stuttgart, zahlreiche Kollegen von befreundeten Organisationen und die Vertreter der Kameraden aus Schweden. Im Namen der württembergischen Regierung sprach Staatsrat Roth, der die Versicherung abgab, daß die württ. Regierung durchaus bereit sei, für die bei der heutigen Wehrverfassung mehr als früher notwendige geordnete Unterbringung der Zivildienstberechtigten im öffentlichen Dienste Sorge zu tragen. Im Hinblick auf einen geeigneten Ersatz für die Reichswehr sei die württembergische Regierung entschlossen, die Schwierigkeiten, die namentlich bei der Kommunalverwaltung noch beständen, zu überwinden. Lebhaft begrüßt hielt sodann Reichswehrminister a. D. Dr. Gehler einen Vortrag über das Thema „Die Bedeutung der Zivilversorgung“. Der Redner betonte einleitend, daß die Entwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Lebens die Erforschung oder Erleichterung des Kampfes ums Dasein, die Bedeutung der Zivilversorgung für den Staat sehr erhöhen oder vermindern kann. Die Zivilversorgung steht nicht im luftleeren Raum. Der Dienst im Heer und Polizei ist Staatsdienst wie jeder andere Dienst. Der Soldat von heute (im Heer oder Polizei) hat mit der Idee der Erfüllung einer allgemeinen Wehrpflicht nichts mehr zu tun. Der Dienst im Heer und Polizei ist jetzt ein Beruf mit seinem besonderen Ehros und seiner besonderen Gefahr, er ist Staatsdienst zum Schutze des Landes nach außen und zur Sicherung der Ordnung im Innern. Aus besonderen Gründen kann der Dienst in Wehrmacht und Polizei nicht Lebensberuf sein, einmal wegen des verfallenen Diktats und dann weil dieser Dienst eine gewisse körperliche Minderleistung und Unfähigkeit erfordert. Die Angehörigen von Wehrmacht und Polizei müssen sich in den für die Zukunft entscheidenden jungen Jahren absicht festlegen. Die Konsequenz ist die, daß der Staat die nur für Zeit angestellten Beamten nach Ablauf ihrer Dienstzeit unter Verwertung gegenüber allen anderen, die diese Voraussetzungen nicht haben, ins normale Beamtenverhältnis überführt. Erst seit der Wehrverfassung, seit 1923, setzen die Wehrkräfte gegen die Zivilversorgung ein, namentlich seitens des Angestelltenstandes. Die Autorität des Gesetzes erfordert aber eine strenge Durchführung der Zivilversorgungsbestimmungen. Durch die besondere Vorbildung in den Heeresfachschulen und in den Polizeifachschulen sind die Angehörigen von Wehrmacht und Polizei für den normalen Beamtendienst wohl befähigt. Als zweiter Redner sprach der I. Vorsitzende des Landesverbandes Württemberg, Verwaltungsobersekretär Dreyer-Stuttgart, über die Entwicklung der Zivilversorgung in Württemberg. Der Redner betonte, daß die Zivilversorgung in Württemberg zu keiner Zeit einen fruchtbareren Boden fand. Alle Verordnungen in dieser Richtung wurden von den zivilen Behörden stets als ein unlieblicher Zwang betrachtet. Dementsprechend war auch die Verwaltung und Behandlung der Militärbeamten in den Verwaltungen. Für untere Beamtenstellen hielt man sie für gerade gut genug. Nach dem Krieg ist es beim Staate besser geworden. Die Gemeinde- und Körperschaftsverwaltungen dagegen verfielen vollständig. Heute warten ungefähr 1200 Versorgungsbeamten in Württemberg auf Anstellung. Die Gemeinde- und Körperschaftsverwaltungen müßten zur Einhaltung der Anstellungsgrundsätze in vollem Umfange verpflichtet werden. Die aus den Kreisen der gehobenen mittleren Beamtenschaft in Württemberg vorgebrachten Einwände gegen unsere Forderungen auf Verwendung auch im mittleren Dienst

weisen wir zurück. Wir fordern keine Sonderrechte, sondern gleiches Recht für alle Staatsbürger. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der Ausbau der Zivilversorgung, strenge Durchführung der Zivilversorgungsbestimmungen von Reich, Ländern und Gemeinden, Erhaltung des Berufsbeamtenstandes, bessere Befolgung gefordert werden. Wegen der Wiedereinführung eines Befoldungsparagrafen sowie gegen das Rotopfer wird Einspruch erhoben.

100. Jahr-Feier der Augsburger Konfession.

Augsburg, 22. Juni. Der Evangelische Volkstag, der anläßlich der 100-Jahr-Feier der Augsburger Konfession heute hier veranstaltet wurde, brachte der in reichem Flaggenschmuck prangenden Feststadt einen ungeheuren Zustrom von Gästen aus ganz Bayern, dem Reich und dem Ausland. Den Festtag leitete gestern eine große Stundmuffel des 1900 Kaiser umfassenden bayerischen Volksmarches ein. Am heutigen Sonntag, der von herrlichem Wetter begünstigt war, fanden auf allen Plätzen der Stadt Feiern statt. Die zahlreichen Gottesdienste und Feiern, die in allen protestantischen Kirchen und Sälen, sowie im Freien stattfanden, hatten einen gewaltigen Aufbruch. Den Höhepunkt des Tages bildete der große historische Festzug, der sich in der dritten Nachmittagsstunde durch die Straßen der Altstadt bewegte. Nach dem Festzug fand auf dem Maximiliansplatz eine große Kundgebung statt, bei der die vieltausendköpfige Menge das Vortragslied sang.

Schwere politische Zusammenstöße in Dordheim.

Koblenz, 23. Juni. Im Anlaß auf eine Sonnenfeier der Nationalsozialisten auf der Schmittenhöhe kam es in der Nacht zum Sonntag in Dordheim zu ersten Zwischenfällen. Eine etwa 300 Mann starke von der Schmittenhöhe kommende Abteilung der Nationalsozialisten ließ am Eingang der Kömerstraße mit politisch anders gesinnten Einwohnern von Dordheim und Umgebung zusammen. Als aus verschiedenen Gruppen mißbilligende Äußerungen über die Nationalsozialisten fielen, kam es zu einem Handgemenge, das bald in eine blutige Schlägerei ausartete. Die Kömerstraße verwandelte sich in eine regelrechte Schlachtfeld. Das Leberfallkommando konnte zunächst nicht viel ausrichten. Der Koblenzer Sturmführer der Nationalsozialisten blieb mit lebensgefährlichen Verletzungen auf dem Platze. Auch eine Reihe Dordheimer Bürger und unbeteiligte Zuschauer trugen mehr oder weniger schwere Verletzungen davon. Der verstärkte Polizei gelang es schließlich, weiteren Zusammenstößen Einhalt zu gebieten.

Die Neuordnung der Aufwertungshypotheken.

Berlin, 22. Juni. Im Reichstag wurde nach der Erledigung des Gesetzentwurfs über die Arbeitslosenversicherung, wie berichtet, der Gesetzentwurf über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken beraten. Um einem möglichst großen Teil der Gläubiger den Anlaß zur Kündigung zum 31. Dezember 1931 zu nehmen, steht der Entwurf vor, daß der jetzt 5 Prozent betragende Zinssatz ab 1. Januar 1932 auf einen nach Lage des Geldmarktes angemessenen Satz von der Reichsregierung erhöht werden kann. Ferner soll der Gläubiger innerhalb einer dreijährigen Ubergangsfrist an eine einjährige Kündigungsfrist gebunden sein. Zugangshypotheken sollen ebenso behandelt werden wie Kündigungshypotheken.

Gattenmordprozess Guttmann.

Berlin, 22. Juni. Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde der Gerichtsarzt Dr. Wagner vernommen, der bei den Untersuchungen Dautschdärkungen am Hals festgestellt hat, während Würgemale nicht zu finden waren. Oberarzt Dr. Wellmann, der beide Frauen des Angeklagten feiert hat, hat bei der zweiten Frau als Todesursache Erstickung festgestellt. Der Schriftführer Dr. Hans Müller erklärte dann in seinem Gutachten, daß bis auf eine von dem Angeklagten eingeleitete gestellte Unterschrift die anderen Unterschriften der Verstorbenen unter den Versicherungsanträgen und der Erbschaftserklärung echt seien. Es wurden dann noch drei Arzimateilnehmer vernommen, die die erste Untersuchung geleitet haben. Es folgte die Verlesung einiger Urkunden, worauf die Verhandlung verlagert wurde. Am Montag wird mit den Plaidoyers begonnen werden.

Gäener und die Mitglieder der Weltkonferenz im Berliner Rathaus.

Berlin, 22. Juni. Aufgrund eines Magistratsbeschlusses waren die hervorragenden Mitglieder der zweiten Weltkonferenz 1929, insbesondere die Vertreter der außereuropäischen Länder, heute vormittag in das Rathaus gebeten worden, um sich in das Goldene Buch der Stadt Berlin einzutragen. Unter den Geladenen befand sich auch Dr. Gäener, der dem Ehrenamtsschuh der Weltkonferenz angehört. Im Magistratsgebäude fand dann in Anwesenheit weiterer Magistratsmitglieder und einer Anzahl Vertreter der Stadtverordnetenversammlung die Begrüßung der Herren durch Bürgermeister Scholz statt, der namens der Stadt der Freude über die Abhaltung und den Verlauf der Weltkonferenz in Berlin Ausdruck gab. Hieraus trugen sich die Gäste in das Goldene Buch ein und sprachen ihren Dank für den Empfang aus. Es trugen sich ein: Erz. v. Müller als Präsident der Weltkonferenz, Dr. Ing. Köttgen als Vorsitzender der 2. Weltkonferenz, Dr. Gäener, Dr. Tissot als stellvertretender Vorsitzender der Konferenz; für Großbritannien: Charles A. Parsons, für Frankreich: R. Karadi, für Italien: G. Kalkauri, für Rußland: S. Oshadisch, für die Vereinigten Staaten: D. C. Merrill, für die Südafrikanische Union: Dr. D. J. van der Byl, für Japan: Dr. W. Gamo, für Australien: Dr. L. C. Kivett.

Eigenartige Zwischenfall beim Hamburger Zeppelinbesuch.

Hamburg, 22. Juni. Von seiner Fahrt über Neuenbürg und Schleswig-Holstein traf das Luftschiff „Graf Zeppelin“ gegen 15 Uhr schließlich über dem Hamburger Flugplatz ein und verhielt sich dann in Richtung der Stadt, um nach etwa zwei Stunden zurückzufahren. Gegen 17 Uhr vollzog sich die glatte Landung. Während der Passagierwechsel vollzogen wurde, ereignete sich ein unerwarteter Zwischenfall, wodurch der vorgesehene Empfang von Führung und Kammerfrau durch den Segel vereitelt wurde. Das Deck des Schiffes ging plötzlich in die Höhe — ob durch Loslassen der Luftmannschaft oder durch den Ausbruch der Luft, ist noch strittig — der Segel wurde weggerissen und es gab einen unheimlichen Knistern. Dabei Kapitän Lehmann und mehrere Passagiere auf dem Flugplatz verbleiben mußten, dagegen haltende Polizeimannschaften mit in das Schiff gezogen werden mußten. Es konnte eine zweite Landung nicht erfolgen. Das Schiff flog längere Zeit über der Stadt, dem Flughafen und dem Hafen, mußte aber um 17.30 Uhr die Weiduna nach dem Flugplatz geben, daß eine zweite Landung nicht mehr erfolgen konnte. Das Luftschiff ist um 2.06 Uhr auf dem Flugplatz Staaken glatt gelandet und am Anfermaher festgemacht worden.

Hamburg, 22. Juni. In dem unheimlichen Start des „Graf Zeppelin“ wird noch gemeldet, daß außer Kapitän Lehmann auch Kapitän v. Schiller das wiederanfliegende Luftschiff nicht mehr erreichen konnte. Die beiden Kapitäne und der in Hamburg zurückgebliebene Teil der Besatzung kehrten mit der Eisenbahn nach Berlin zurück.

Berlin, 22. Juni. Nach dem mißglückten Start von Hamburg nach Berlin, bei dem die Kapitäne Schiller und Lehmann zurückgeblieben waren, die im Laufe des Sonntags mit dem Luftschiff in Berlin eintrafen, nahm das Luftschiff „Graf Zeppelin“, wie schon kurz berichtet, unter Leitung des Kapitän Flemming Kurs nach Berlin. Um 18.15 Uhr überflog es Lauenburg an der Elbe, dahierte um 19 Uhr Wittenberge, bald darauf Pritz und erliefen 20.05 Uhr über Staaken. Kapitän Flemming gab den Pressevertretern eine kurze Erklärung über den Zwischenfall in Hamburg, der zum Glück ja ohne ernste Folgen verlaufen ist. Bei dem einzigen Start, bei dem die beiden Kapitäne zurückgeblieben sind, wurde verheerend ein Mitglied der Luftmannschaft, ein Hamburger Polizist, mitgenommen, der in Staaken von seinen Berliner Kameraden freudig empfangen wurde.

Ausland.

Paris, 21. Juni. Der Sozialist Renaudel erklärt, daß die Macht des französischen Generalstabs größer sei denn je. Die Finanzkommission habe es nicht gewagt, seinen Forderungen entgegenzutreten.

London, 21. Juni. Ein eigenartiges politisches Gerücht geht in englischen Kreisen um. Der Londoner Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen habe, so erzählt man sich, den Jovet gehabt, die Erörterungen über die Verlegung des ungarischen Thrones durch einen englischen Prinzen einzuleiten. Man spricht in diesem Zusammenhang von dem dritten Sohn des Königs Georg, dem Herzog von Gloucester.

Eine englische Stimme über Deutschlands Weltgeltung.

London, 21. Juni. Das Jahr 1930 kann, wie „Sunday Times“ schreibt, als das Ende der Weltkriegsperiode angesehen werden. Auf jeden Fall ist es das Jahr, in dem Deutschland endlich in das Gemeinwesen der Nationen zurückgekehrt ist, nicht nur in der politischen Sphäre, sondern auch in der Sphäre des Erziehungswezens und des Sports. So schlagende Beweise sind das Wiederauftreten der deutschen Kanalaroffiziere in der Olympia-Wettkampfschau und die Wiedereinführung der seit dem Jahre 1914 angebotenen Rhodes-Stipendien für deutsche Studenten in Oxford. Das Blatt betont, daß bis zum Kriegsausbruch die deutschen Rhodesfahrer ein Erfolg waren, und bemerkt: Oxford wird die jungen deutschen Studenten gern wiedersehen, ebenso wie das Londoner Publikum die deutschen Reiter.

König Carol über die deutsch-rumänischen Beziehungen.

Bukarest, 23. Juni. Dem hiesigen Vertreter der „Wiener Neuen Freien Presse“ gewährte König Carol ein Interview. In dem Memorandum Briands erklärte der König, daß Briand offenbar die europäische Einheit vorerst auf wirtschaftlichem, kulturellem und sozialem Gebiet anstrebe. Er sei überzeugt, daß auf diesem Gebiet durch gemeinsame Arbeit sehr Wertvolles geleistet werden könne. Rumänien werde alles tun, um zur Stabilisierung Europas beizutragen. Ueber die wirtschaftlichen Bestrebungen der Kleinen Entente befragt, sagte König Carol, er halte den Gedanken der Bildung einer Wirtschaftsbündnis für dieses politische Bündnis für glücklich. Die sich daraus ergebende wirtschaftliche Verbindung müsse sich auf die Länder des Donaudeltas erstrecken, die unentwickelte agrarische Gemeinschaft hätten. In diesen Rahmen gehöre auch Polen. Derartige Interessengruppen fügten sich sehr gut in den Rahmen der Briandschen Vorschläge. Ueber Deutschland sagte König Carol, er besitze dort noch viele Freunde von früher und habe an allen Entwicklungen Deutschlands regen Anteil genommen. Ich bin, so fuhr der König fort, überzeugt, daß Deutschland auf dem besten Wege ist, seine europäische Mission zur Befriedigung der Menschheit zu erfüllen. Das deutsche Volk im Herzen Europas wird auf dem Wege des Friedens in hervorragender Weise zum allgemeinen Fortschritt beitragen. Von den deutsch-rumänischen Beziehungen wünscht der König, daß sie sich möglichst eng und für beide Teile nutzbringend gestalten.

Aber die Lage der Landwirtschaft. Er beschäftigte sich insbesondere mit dem Roggenproblem und kündigte in diesem Zusammenhang eine Propaganda-Aktion zur organischen Umstellung der Betriebe auf verminderten Roggenanbau an. In der Hauptsache beschäftigte sich Schiele heute mit dem Obstsektor, das er im einzelnen erläuterte. Er hob in seinem Referat hervor, daß über das Ausmaß der Kredite und der Garantien völliges Einverständnis zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung herbeigeführt worden sei. Beide hätten sich in paritätischem Zusammenwirken entschlossen, 100 Millionen Reichsmark Garantien zu übernehmen. Außerdem ist im Gesetz die Ermächtigung zu weiteren Garantien vorgesehen. Der Minister drückte zum Schluß die Hoffnung aus, daß es mit den vorgesehene Maßnahmen gelingen werde, dem Land, insbesondere der Landwirtschaft, wieder eine gesunde Lebensgrundlage zu geben. In der Debatte, die sich an die Erklärung des Ministers Schiele anschloß, leitete sich der Sozialdemokrat Schmidt-Köpenick die Bemerkung, die Gebietsverluste im Osten seien zwar bezüglich zu bedauern, man müsse sich aber endlich damit abfinden, sonst liefere man der polnischen Agitation Stoff für ihre Rührten. Der Deutschnationale Herat machte das Ende der Debatte über die Obhut von der Art der Durchführung des Gesetzes abhängig; ein „Ja“ und „Nein“ zwischen Finanz- und Hygieneamt wies er als „amoralisches Unterfangen und unfehlbare Garantie“ voller Entrüstung zurück. Für die besondere Not Dessen-Kassaus legte sich der Volksparteiler Günther ein. Wegen des Handelsvertrags mit Polen wandte sich der Landtagsführer Dopsch von der Christlichnationalen Bauernpartei. Von Zentrumseite wurde gewissermaßen als Fazit der Aussprache konstatiert: die Politik des Ministers Schiele sei die konsequente Fortsetzung der Politik seines Vorgängers Dietrich. Morgen geht die Beratung des Ernährungsrechts weiter. Am Freitag sollen die Bestimmungen über das Anmeldegesetz vorgelesen werden.

Die Befreiungsreden.

Berlin, 23. Juni. Für die Befreiungsreden, die in den großen Städten des besetzten Gebietes voranzutreiben werden, sind folgende Redner vorgesehen: Bei den Feiern, die im unmittelbaren Anschluß an die Märsche noch in der Nacht des 30. Juni stattfinden sollen, werden in Mainz Dr. Wirth, in Trier von Gerard und in Speyer Treviranus sprechen. Für Wiesbaden steht der Redner noch nicht fest, da ursprünglich Dr. Moldenhauer dort sprechen sollte. Bei der Hauptfeier in Kehl am 4. Juli wird Reichsaussenminister Dr. Curtius das Wort nehmen. Während der Reise des Reichspräsidenten durch das besetzte Gebiet wird Curtius dann in Speyer sprechen, in Koblenz Herr von Gerard und in Trier Dr. Wirth. In Mainz werden Reichsminister Dr. Brüning und der Kanzler des Kabinetts, das die Dager Verhandlungen zum Abschluß geführt hat, Müller-Franken, Reden halten.

Das Berliner Presse-Gesetz zu den sächsischen Wahlen.

Berlin, 23. Juni. Sieg der Nationalsozialisten, Niederlage der bürgerlichen Parteien, das ist die Feststellung, die in allen Kommentaren der Berliner Zeitungen, die zu dem Ausgang der sächsischen Wahlen gemacht werden. Die sächsischen Wahlen sind, so schreibt die „Germania“, für alle in Reich und Ländern verantwortlichen Parteien eine ernste Mahnung zur gemeinsamen Kraftanstrengung. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ fordert die Reichsregierung zum Handeln in der jetzt offenbar gewordenen Not des Reiches auf: Die Stellung der Regierung gegenüber den Parteien ist durch die sächsischen Wahlen gefährdet. Die „Völkische Zeitung“ sagt: Die Lehre des 23. Juni ist: Mit Parlamentsauflösung ohne klares Ziel, ohne traffe Führung wird die Verschlechterung vermehrt und der Nationalismus gehärtet. Das „Berliner Tageblatt“ ist der Ansicht: Nicht mit, sondern gegen die Sozialdemokratie! Mit dieser Parole hat man gestern Herrn Hitler seinen Sieg ermöglicht. Die „Tägliche Rundschau“ meint: Die völkerechtliche Verschärfung in Sachsen ist wohl verdient. Die „Kreuzzeitung“ fragt: Wer wird die revolutionäre Bewegung, die durch das Land Sachsen geht, auffangen, ihr eine brauchbare politische Zielsetzung geben und sie in Formen bringen, die brauchbarer und

besser realisierbar sind? Die „Vorzeitung“ sagt: Die Nationalsozialisten sind also nicht, wenigstens nicht in nennenswertem Umfang in die rote Burg des internationalen Sozialismus eingebracht. Die Masse ihrer neuen Anhänger setzt sich zusammen aus bürgerlich eingestellten, die in der allgemeinen Verwirrung nicht mehr wußten, wohin sie gehen sollten. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt: Als einzig erreichliches Ziel in dem Wahlergebnis kann man ansehen, daß die Sozialdemokratie doch wieder trotz aller Anstrengungen eine einflussreiche Bewegung aufweist. Die Abendausgabe des „Vorwärts“ urteilt: Die Nationalsozialisten haben den Wahlkampf in Sachsen vorwiegend mit sozialistischer Propaganda betrieben. Sie haben dennoch nicht vermocht, die Sozialdemokratie und die Kommunisten zu schwächen, aber sie haben jene Klassen aus den bürgerlichen Parteien an sich gezogen, die klassenmäßig nicht zum Bürgertum gehören.

Neuwahlen in Preußen?

Berlin, 23. Juni. Der preussische Ministerpräsident hat, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, den Vorsitzenden des Staatsrats, den Kölner Oberbürgermeister Dr. Abenauer, erlucht, am Mittwoch in Berlin anwesend zu sein. Das Blatt erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß am Mittwoch im preussischen Landtag die Schlusssitzung über den Etat wiederholt werden soll, dessen Verabschiedung die Opposition vor Wahlen durch Fernbleiben unmöglich machte. Sollte die Zahl der Abgeordneten der Regierungskoalition, die sämtlich erlaubt worden sind, zu erscheinen, nicht ausreichen, um die Beschlußfähigkeit zu sichern, und falls die Opposition ihre Obstruktion fortsetzt, daß die Schlusssitzung wieder erfolglos bleiben würde, so meint die „Völk. Ztg.“, sollte der Landtag sofort aufgelöst werden. Da dieser u. a. auf Beschluß eines aus dem Ministerpräsidenten und den Präsidenten von Landtag und Staatsrat bestehende Ausschuss aufgelöst werden kann, sieht das Blatt in der Einladung an Dr. Abenauer eine drohende Gefahr des preussischen Regierungschefs, deren Wirkung er sicher zu sein glaubt.

Erregung im Ob-Weisengebiet.

Schneidemühl, 23. Juni. Die Aufregung im Grenzgebiet über den neuen Zwischenfall bei Proßken ist außerordentlich groß. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst vor Angriffen, besonders da bekannt wird, daß die polnischen Grenzbeamten von Warschau Anweisung erhalten haben sollen, bei Zusammenstößen mit deutschen Beamten sofort von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Sollte sich diese Meldung bewahrheiten, so dürfte das allgemeine Empörung auslösen.

Jahrgang Dr. Guttman zum Tode verurteilt.

Brenzau, 23. Juni. Im Guttman-Prozess beantragte der Staatsanwalt heute gegen den Angeklagten wegen Vordes die Todesstrafe und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer, sowie 6 Monate Gefängnis wegen Urkundenfälschung. Nach zweistündiger Beratung fällt das Preussische Schwurgericht im Prozeß gegen den Jahrgang Dr. Guttman aus Schwedt folgendes Urteil: Der Angeklagte wird gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Vordes zum Tode und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt.

In der Urteilsbegründung wird ausgeführt: Das Schwurgericht ist der Auffassung, daß es außer allem Zweifel ist und vom Angeklagten nicht geleugnet wird, daß er den Tod seiner Frau gewollt hat. Der Vorfall betrifft infolgedessen. Die zweite Frage war, ob er mit Hebelwirkung gehandelt hat. Das Gericht hatte diese Frage bejaht. Es ist nicht zu glauben, daß der Angeklagte durch die Antwort seiner Frau gereizt war, denn diese Antwort war nicht so schwerwiegend, daß sie zur Missetat gereicht haben könnte. Am schwächsten belastet wird der Angeklagte durch die Aussagen des Obervertrags Weimann, der behauptet hat, die Frau habe noch gelebt, als der Angeklagte sie in das Badezimmer geschleppt habe. Das zeigt also, daß der Angeklagte mit außerordentlicher Schamlosigkeit und Lüge nach dem Vorfall das Badezimmer hergerichtet hat. Der Angeklagte hat in der Badezimmerecke verschiedene Vorkehrungen getroffen, um die Tat zu verdecken und einen Unfall

vorzutäuschen. Alle diese Tatsachen weisen darauf hin, daß ruhig und überlegt gehandelt hat.

Die Saarkonferenz.

Paris, 23. Juni. Noch in dieser Woche wird sich das Schicksal der Saarkonferenz entscheiden. Am Mittwoch trifft die Saarbrücker Gruppe der laarländischen Sachverständigen und politischen Vertreter hier ein. Sie wird mit der deutschen Saardelegation verhandeln. Die Franzosen verlangen die Zollfreiheit für die Einfuhr französischer Waren ins Saargebiet bis über 1935 hinaus. Diese Forderung wird man nicht einräumen können. Noch viel wichtiger ist die Frage des Kohlebesitzes. Nach wie vor vertreten die Franzosen den Standpunkt, daß sie an den laarländischen Staatskohlenbetrieben beteiligt werden müssen. Es wird also über diesen Punkt einer endgültigen Aussprache kommen. Nach dem Konkreten der deutschen Saardelegation mit den hier erwarteten laarländischen Vertretern wird der letzte Versuch unternommen werden, um mit den Franzosen zu einer Einigung zu gelangen.

Die spanische Verfassungsreform.

Paris, 23. Juni. König Alfons von Spanien, der sich heute in Paris aufhält, hat eine ebenso schwierige wie bewegende Wiffion auf sich genommen. Der Souverän ist infolge der finanziellen und politischen Unsicherheit Spaniens genötigt, mit denjenigen Persönlichkeiten persönlich in Verbindung zu treten, die nach der Errichtung der Diktatur Primo de Rivera und der Fortsetzung der Diktatur unter dem General Franco ein freiwilliges Exil in Frankreich gesucht haben. Es sind die mit dem liberalen Politiker Romanones befreundeten früheren Minister Santiago Alba und Camilo Santiago Alba war unter dem Kabinett Romanones Minister. Camilo Alba befand sich gleichfalls in diesem Ministerium und leitete die auch als Führer der Katalanischen Liga, einer politischen Vereinigung, die einen Mittelweg zwischen der Autonomie Kataloniens und den jetzigen beurrückigenden Forderungen zu eröffnen suchten. König Alfons konferierte zweimal mit Santiago Alba und hatte mit dem aus Brüssel herüber kommenden Camilo eine Unterredung.

Hinweise.

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfennig die Zeile berechnet.)

Neuenbürg. Bei genügender Beteiligung wird während der Vorstellungen des Jirkus Sarrafani in Pforzheim am abends 7 Uhr ein Kraftwagen der Reichspost vom Pforzheim hier abfahren. Rückfahrt nach Schluß der Vorstellung. Meldungen beim Postamt Kraftpoststelle hier erbeten.

Spiegelin, Spiegelin an der Wand, wer ist der große Jirkus im Land? Hier ist ein altes Märchenwort in neuem Form gebracht, wobei mit dem Land Europa gemeint ist. Im übrigen ist die Frage leicht und klar zu beantworten. Der große Jirkus, das Wort befragt doch schon alles. Der große Jirkus ist eben der, der nicht mehr abertrotten werden kann. Eine weitere Steigerung gibt es nicht. Und der große Jirkus immer nur ein er sein, das bringt bereits das Wort zum Ausdruck. Jirkus Sarrafani, der vom 21. bis 23. Juni in Pforzheim gastiert, ist seit Jahren in Europa und Amerika als der größte und schönste Jirkus Europas bekannt. Er wollen uns nichts vormachen. Woran es bei Sarrafani in erster Linie ankommt, ist seine Eigentümlichkeit, nur das zu sagen, was tatsächlich ist. Sarrafani schreibt beispielsweise das Hauptstück fast zehntausend Verlogen, es sind zehntausend Sitzplätze vorhanden. Bitte nachzuzählen, es stimmt. Sarrafani sagt weiter zum Beispiel: 20 edle Klaffperde. Ich will sich zu überzeugen; es stimmt. Sarrafani besitzt das einzige dreifarbige Klaffperde der Erde. Ein s, nicht mehrere. Darin spricht er in seinen Auftritten von dem „besten Klaffperde“. Es wird nicht reichlich nach oben abgerundet, es wird nicht gekläfft. Darin, wenn Sarrafani sagt: größter Jirkus Europas; schönste Schau zweier Welten, — dann stimmt es auch das. Aber da hilft nur eins: hingehen und sich überzeugen!

Herrenalb.
Zwangs-Versteigerung.
Donnerstag den 26. ds. Mts., 11 Uhr vorm., werden in Herrenalb
1 Personen-Kraftwagen, Marke Presto, Sechsiget, 9/30 PS.;
im Gaisal, 2 Uhr nachm.:
2 Kollhippswagen, 1 Aufzugmaschine und ein zerlegbarer Bretterschuppen (neu)
meistbietend gegen Barzahlung versteigert.
Zusammenkunft in Herrenalb beim Rathaus, im Gaisal beim Schulhaus.

Finanzamt-Vollstreckungsstelle.
Feldbrennau.
Das Sammeln von Waldbeeren
in den hiesigen Gemeindeforesten ist für Auswärtige verboten.
Den 23. Juni 1930. Schultheißenamt.

Zwangs-Versteigerung.
Am Mittwoch den 25. Juni 1930, vormittags 10 Uhr, versteigere ich in Höfen öffentlich gegen Barzahlung:
Ein Motorrad, NSU.
Zusammenkunft am Rathaus in Höfen. Versteigerung findet bestimmt statt.
Hilfenbrand, Gerichtsvollzieher.

Neuenbürg, 23. Juni 1930.
Danksagung.
Allen denen, die unserer lieben Mutter
Wilhelmine Vogt
während ihrer Krankheit Liebes erwiesen und sie zu ihrer letzten Ruhestätte begleitet haben, sagen wir unseren aufrichtigsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Neuenbürg, 24. Juni 1930.
Danksagung.
Für die vielen Beweise warmer Anteilnahme von allen Seiten bei dem so unerwartet schnellen Hinscheiden unseres lieben Sohnes, Bruders und Neffen
Wilhelm Finkbeiner
ist es uns unmöglich, allen persönlich zu danken und möchten wir auf diesem Wege herzlich dafür danken. Besonders danken wir für den erhebenden Gesang, für die Blumen- und Kranzspenden, die ehrenden Nachrufe an seinem Grabe und allen, die ihm die letzte Ehre erwiesen haben.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Familie Wilhelm Finkbeiner.

Birkenfeld.
Empfehle für Vereine, Gesellschaften und Schulen meinen
20 Siger Omnibus,
sowie 8 Siger (auch für Krankentransporte gut geeignet) bei billiger Berechnung. Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß zu und nach der Vorstellung des Circus Sarrafani meine Wagen für alle Richtungen bereit stehen. Ebenso stehen meine Wagen zur Einzubeleuchtung am Donnerstag den 26. Juni 1930 zur Verfügung.
Eugen Müller sen.,
Telefon Pforzheim 4918.

Neuenbürg. Dittenhausen.
Schöne Ein zur Zucht geeignetes
3 Zimmer-Wohnung Mutter-Schwein,
in ruhiger und staubfreier Lage mit Gartenanteil hat auf 1. August zu vermieten.
Wer? sagt die „Enztäler“-Geschäftsstelle.
Eugen Bührer.

Forstamt Neuenbürg.
Reifig-Verkauf
Am Freitag den 27. Juni 1930, vormittags 8 Uhr, kommen an der Schwabhauser Hütte zum Verkauf:
Aus Staatswald Abtlg. 50 Folzemer Stein: 22 Lofe Schlagabbaum, geschätzt zu 1500 Wellen und 64 Km. Abfallholz;
aus Abt. 72 Tröstbachthalde: 8 Flächenlose, geschätzt zu 1100 Wellen Nadelholzfleisig.

Ein im Staatswald fiedern-der langh., schwarzer
Dachshund
(ohne Halsband) wurde aufgegriffen. Gegen Erfaz der Unkosten abzuholen beim
Forstamt Langenbrand.

Neuenbürg.
Büglerin
speziell für
Stärkwäsche
Emma Landgraf,
Wildbader Str. 15A.

Stets frisch gebrannt
Kaffee
E. Lindemann
Neuenbürg, Tel. 191.

Zu leihen gesucht
aus Privathand
2000 Mark
gegen gute Sicherheit.
Gest. Angebote und R. an die „Enztäler“-Geschäftsstelle erbeten.

Bettfedern, Daunen
kauft man nur in einem realen Geschäft, das großen Umsatz hat.
Ich liefere prima
doppeltgereinigte, staubfreie Ware, Pfund einzeln verpackt netto Gewicht zu Mark 0,95, 1,25, 2,50, 3,25, 4,50, 6,00, 7,25.
Daunen, wundervoll füllend, grau und rein weiß, Pfund Mk. 8,75, 12,00, 15,00,
Inlett, garantiert federleicht und farbecht, 80 Cm. Meter von 1,95 an,
Betttücher, prima Haustuch, 150/225 groß, mit Hobelst. Stück 3,95 und 4,50.
Dieselben in schwerem Halbleinen, Stück 6,75.
Johann Krefel, Pforzheim, Genossenschaftsmitgl.
Aussteuern, Trikotagen, Manufakturwaren, Bettfedern.